Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

Freitag, 9. Oktober 2026 | Nr. 41 | 68. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG

Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Kein politischer Islam auf dem Pausenhof
von Therese Schläpfer
Seite 2

Kanton Zürich
Der Boden setzt die Grenze
von Tobias Weidmann
Seite 3

Parlamentsgemeinden
SVP rettet Dübendorfs beliebtesten Parkplatz
von Orlando Wyss
Seite 6

Aktuell
SVP-Politik beschäftigt unsere Jungen
von Marc Wachter
Seite 7

Veranstaltungs-Tipp
Rickli, Stocker und Hübscher in Geroldswil
Seite 8

DIE EU-KOMMISSION SOLL UNSER NEUER GESETZGEBER WERDEN

Das Kernproblem des Unterwerfungsvertrages: Die dynamische Rechtsübernahme

1999 und 2004 hatte die Schweiz mit der Europäischen Union jeweils ein Vertragspaket abgeschlossen. Diese Bilateralen I und II waren – mit Ausnahme von Schengen/Dublin – statisch, wie das jeder Vertrag ist: Der Rechtsinhalt ist klar und jede Änderung bedarf der expliziten Zustimmung beider Vertragsparteien.

Wir sagen ganz klar NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag. Bild: SVP Kanton Zürich

Brüssel will nun keine zweiseitigen Beziehungen mehr. Das Kernstück des Rahmenabkommens, irreführenderweise als «Bilaterale III» bezeichnet, ist die sogenannte «dynamische Rechtsübernahme»: Brüssel beschliesst neues Recht, Bern übernimmt, und das laufend. Das ist die Dynamik. Und dieser Mechanismus ist völlig neu.

So wissen wir heute nicht, was morgen unsere Gesetze sein werden. Das ist «der verheerende Konstruktionsfehler in diesem Vertrag», wie der Walliser Mitte-Vertreter Beat Rieder in der ständerätlichen Debatte letzte Woche treffend ausführte. Keine Firma und kein Bürger würden einen Vertrag eingehen, bei dem eine Seite die Spielregeln einseitig verändern kann. Und ganz sicher würde auch kein Konzern aus dem economiesuisse-Umfeld Verträge mit Kunden und Lieferanten eingehen, wenn diese den Inhalt jederzeit, einseitig und verbindlich abändern dürften.

Die EU-Kommission wird unser zusätzlicher Gesetzgeber

In zentralen Bereichen wird Schweizer Recht künftig direkt durch EU-Recht ersetzt, nämlich insbesondere bezüglich Personenfreizügigkeit, Lebensmittelrecht, Strom und Gesundheit. EU-Turbos argumentieren an dieser Stelle, die Schweiz würde seit 25 Jahren EU-Recht autonom nachvollziehen. Dazu nochmals Ständerat Rieder: «Der Unterschied ist rechtlich erheblich. Autonomer Nachvollzug ist im Gegensatz zur dynamischen Rechtsübernahme eine einseitige und jederzeit punktuell durch dieses Parlament widerrufbare Entscheidung. Die im vorliegenden Paket vorgesehene dynamische Rechtsübernahme ist demgegenüber eine vertragliche Verpflichtung, deren Nichteinhaltung mit vorab vereinbarten, rechtlich erzwingbaren Ausgleichsmassnahmen sanktioniert wird.» Der Rechtsakt aus Brüssel wird im Gegensatz zu heute direkt und verbindlich anwendbar.

Der Stimmbürger im Würgegriff der EU

In der Tat sind bei einer Weigerung der Schweiz, ein neues Gesetz zu übernehmen, «Ausgleichsmassnahmen» vorgesehen. Diese sollen die Vorteile, welche der Schweiz durch die Nichtübernahme einer Regel entstehen würden, ausgleichen.

Das sind Sanktionen, um von der Schweiz Wohlverhalten, ja Gehorsam einzufordern. Dazu der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni: «Sie können Verträge immer verletzen. Neu ist, dass quasi der Gerichtsmechanismus auch schon definiert ist. Es ändert nichts daran, dass Sie im Grundsatz beschliessen, auch künftige Anpassungen in diesem Bereich zu übernehmen. Und wenn Sie das nicht tun, hat es Konsequenzen, und das hat eine neue Qualität.»

Der grosse Verlust an eigenem Gestaltungsspielraum

Diese Europäisierung der Gesetze geht zulasten der Mitsprache der Schweizer Bürgerinnen und Bürger, denn wir werden bei Abstimmungen nicht mehr gleich frei sein, im Wissen darum, dass Strafen drohen. Dazu Ständerat Rieder: «Formell ist eine Weigerung zur Übernahme zwar möglich, der ausländische Gesetzgeber hätte aber über die Ausgleichsmassnahmen und Sanktionen direkten Einfluss auf diesen Prozess. Eine solche Konstruktion ist weder mit dem Demokratieprinzip noch mit dem Referendumsrecht vereinbar.»

Werden Entscheide zunehmend in der Zentrale der EU gefällt, würden sich die Bürger von Gemeinde, Kanton und Bund entfremden, weil sie keinerlei Einfluss mehr haben. So schwindet auch die Akzeptanz, neues Recht zu akzeptieren, mit dem man nicht einverstanden ist. Und nochmals der Walliser Mitte-Ständerat Rieder: «Das zentrale Argument gegen diesen Vertrag ist, dass er aufgrund der Konzeption der dynamischen Rechtsübernahme die Souveränität und die föderale, bürgernahe, weltweit einmalige direkte Demokratie unseres Landes mit den Jahren zerstören wird.» Oder wie es der ehemalige SP-Nationalrat Rudolf Strahm ausdrückt: «Das hat tiefgreifende Auswirkungen auf das Referendumsrecht, auf die Formulierung von Volksinitiativen und auf die künftigen Entscheidungskompetenzen des Parlaments.»

Warum ist die Schweiz erfolgreicher als andere? Weil wir unsere Regeln selbst bestimmen und so die besseren Rahmenbedingungen setzen können. Der Brüsseler Machtapparat duldet aber keine Wettbewerbsvorteile für die einen, schon gar nicht für die Schweizer: Das ist das Gegenteil unseres bisherigen Wohlstandsrezepts. Der Vertrag umfasst 2228 Seiten und hat Verweise auf rund 20 000 Seiten Regulierung, mit der unser Wohlstand abgewürgt und unsere direkte Demokratie schwer beschädigt wird.

Barbara Steinemann
Nationalrätin SVP
Watt-Regensdorf

Christoph Mörgeli

Gelogen in Wort und Schrift

Peter A. Fischer, «Chefökonom» der «NZZ», schreibt über die Anbindung der Schweiz an die Europäische Union: «Diese Verträge bieten der Schweiz die Möglichkeit, den bilateralen Weg mit der EU weiterzugehen.» In Wahrheit beharren die EU-Verantwortlichen seit Jahren darauf, keine neuen bilateralen Verträge mit der Schweiz mehr abzuschliessen. Stattdessen wollen sie die «institutionellen Fragen» ein für alle Mal klären. Konkret fordert Brüssel die automatische Übernahme von künftigem und früherem EU-Recht und die Interpretationsgewalt durch EU-Richter.

Die Europäische Union erlaubt der Schweiz keine Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten, sondern verlangt die Unterordnung. Bereits am 8. Dezember 2008 hielt der EU-Ministerrat bezüglich der Beziehungen zur Schweiz fest, dass die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt die einheitliche und gleichzeitige Anwendung und Interpretation der EU-Regeln erfordere. Die EU-Länder sprachen von einem Rahmenabkommen mit der Schweiz, das die «Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes bei allen Abkommen sowie einen Mechanismus beinhalten [soll], mit dem die regelmässige Aktualisierung und einheitliche Auslegung dieser Abkommen gewährleistet wird». Seit 2008 ist es also der erklärte Wille der Europäischen Union, in den Beziehungen zur Schweiz einen einheitlichen Rechtsraum zu schaffen. Auch die EU-Kommissarin Viviane Reding sprach 2014 Klartext: «Ich bin seit längerem der Meinung, dass der Weg der bilateralen Vereinbarungen ausgedient hat.» Sogar Aussenminister Ignazio Cassis räumte ein, dass das Wort «bilateral» in Brüssel unerwünscht sei und nicht gerne gehört werde, «weil es suggeriert, dass die Schweiz einen Sonderstatus hat».

Entweder nehmen Peter A. Fischer und die «NZZ» die EU nicht ernst. Oder man will täuschen und nimmt damit die Schweizer Bürger nicht ernst. Das einzig ungewollt Wahrhaftige an Fischers Beitrag ist der Titel: «Das grosse Missverständnis». Der europäische Kleinstaatler Goethe sagte es so: «Habt ihr gelogen in Wort und Schrift/Andern ist es und euch ein Gift.»

KEINE TOLERANZ DEN INTOLERANTEN

Das Schulareal als Ort der Machtdemonstration

Die Kopftuch-Debatte in Zürich veranlasst mich, die Geschichte einer besorgten Grossmutter zu teilen.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Im Rahmen der Debatte um das Tragen des Kopftuchs an Schulen erreichte mich eine E-Mail einer besorgten Grossmutter. Sie lobte den Mut und das Vorgehen des Egerkinger Komitees, über die Zeichen des politischen Islams zu debattieren und zu handeln. Was ihrem Enkel kürzlich passiert ist, bestärkt uns darin. Die Geschichte ist ein eindeutiges Zeichen eines Machtanspruchs des politischen Islams.

Unterdrückt im eigenen Land

Sie beschreibt mir eine bedeutende Begebenheit in einer 5. Klasse einer Primarschule im Raum Zürich während des diesjährigen Ramadans. Ein paar christliche Buben, darunter ein Grosskind von ihr, assen ihren Znüni auf dem Pausenplatz. Eine Gruppe Muslimbuben machte sie an: «Hey, es ist Ramadan, ihr dürft nichts essen!» Sie wehrten sich verbal. Darauf wurden sie an den Rand des Pausenplatzes abgedrängt. Sie erzählten den Vorfall der Lehrerin und die sagte nur: «Ja, dann esst ihr halt im Versteckten.»

Das ist Unterdrückung! Der Vater des oben erwähnten Jungen erklärte der Grossmutter dann, dass Lehrerinnen, welche kein Kopftuch tragen, keine andere Option hätten, da sonst die muslimischen Väter zusammen bei der Lehrerin vorstellig geworden wären. Das nachgiebige Verhalten der Lehrerin sendet für die muslimischen Buben mit ihren Vätern eine unmissverständliche Botschaft aus: Sie haben die Konfrontation gewonnen!

Für mich ist das ein gezieltes Ausnützen unserer Toleranz – eines unserer westlichen Werte, auf den wir als christliche Gesellschaft stolz sind und den wir hochhalten. Mit unserer Toleranz und der Religionsfreiheit öffnen wir dem politischen Islam Tür und Tor zur Unterdrückung und Übernahme unserer christlich-abendländischen Kultur. In unserer christlichen Denkweise gehen wir davon aus, dass alle Menschen so lieb und nett sind wie wir selber. Das ist ein grosser Fehler und etwas naiv. Passen wir auf, dass diese Naivität nicht in Dummheit endet. Keine Toleranz den Intoleranten!

Wir wollen keine kopftuchtragenden Lehrerinnen. Das ist ein untrügliches Zeichen des politischen Islams und will den Kindern einprägen, dass dies normal sei. Sie würden sie ja täglich stundenlang vor sich sehen. Ob die jungen Frauen ein Kopftuch aus religiöser Überzeugung tragen oder als offensichtliches Zeichen des Islams, weiss ich nicht. Die Begebenheiten im Iran zeigen jedoch, dass viele Frauen ihr Kopftuch ablegen möchten. 150 Jahre haben Frauen hier für ihre Emanzipation und Gleichberechtigung gekämpft.

> *«Unsere Schulen dürfen religiösem Druck nicht nachgeben!»*

Negativbeispiele als Warnung

Wir wollen uns nicht in die gleiche Richtung wie Deutschland und Österreich (insbesondere Wien) entwickeln. Solches Auftreten dürfen wir uns in unserem christlichen Land nicht gefallen lassen. In Deutschland gibt es genügend Beispiele, wo muslimische Schüler Macht ausüben und andere Kinder unter Druck setzen – im Speziellen die Mädchen, wenn sie sich nicht muslimisch kleiden, aber auch Buben, welche unter Gewaltandrohung gezwungen werden, zum Islam zu konvertieren. Dort, wo in einigen Städten der Muezzin mit Lautsprechern vom Minarett über die Stadt ruft. An dieser Stelle danke ich der Bevölkerung, dass das Minarettverbot angenommen wurde!

Der Kampf geht weiter, dazu wünsche ich uns allen viel Kraft, Standhaftigkeit und Weisheit!

GEDANKEN ZUR NEUTRALITÄT

Misst sich unsere Neutralität an unseren Freunden?

Nach der Abstimmung über die Neutralitätsinitiative lohnt es sich, einige grundsätzliche Fragen zu stellen.

Heinrich Vettiger
Stadtrat SVP
Wetzikon

Der Bundesrat hat nach dem völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine die Sanktionen der Europäischen Union übernommen. Er sagt selbst, dass die Übernahme von EU-Sanktionen nicht automatisch erfolgt, sondern von Fall zu Fall nach einer Interessenabwägung entschieden wird. Genau hier beginnt die Grundsatzfrage. Nicht nur Russland, sondern auch andere mächtige Staaten haben in den vergangenen Jahrzehnten das Völkerrecht mit Füssen getreten und sind militärisch in andere Länder einmarschiert.

> *«Neutralität ist weit mehr als eine juristische Definition. Sie muss berechenbar sein.»*

Weshalb reagierte die Schweiz darauf nicht mit vergleichbaren Massnahmen? Wenn der Bundesrat unsere Neutralität glaubwürdig vertreten will, muss er erklären können, nach welchen Kriterien er in solchen Fällen entscheidet und weshalb offenbar nicht immer dieselben Massstäbe gelten.

Gleiche Massstäbe für alle Staaten?

Die Gegner der Initiative – einschliesslich des Bundesrates – führten zweifellos einen wesentlich geschickteren Abstimmungskampf. Statt über das institutionelle Wesen der Neutralität zu diskutieren, wurde die Diskussion auf die moralische Ebene verlagert: Wer ist Aggressor, wer Opfer, wer steht auf der guten Seite und wer unterstützt das Böse? Für den einzelnen Bürger ist eine solche moralische Beurteilung selbstverständlich legitim. Er darf Russland als Aggressor bezeichnen und dessen Angriff verurteilen. Aber gelten für einen Staat, der den Anspruch erhebt, neutral zu sein, dieselben Kriterien? Besteht der eigentliche Sinn staatlicher Neutralität nicht gerade darin, unabhängig davon, wer Freund, Partner oder Gegner ist, nach denselben Regeln zu handeln?

Neutralität ist weit mehr als eine juristische Definition. Sie muss berechenbar sein. Ihren aussenpolitischen Wert besitzt sie nur so lange, wie sie von den Konfliktparteien auch als solche wahrgenommen und anerkannt wird. Der Bundesrat mag die Schweiz hundert Mal für neutral erklären – entscheidend ist letztlich nur, ob andere Staaten uns diese Neutralität noch abnehmen.

Die Medien müssen kritisch hinterfragen

Auch die Rolle der Medien verdient deshalb eine kritische Betrachtung. Journalisten dürfen selbstverständlich eine eigene Meinung haben. Die Aufgabe der Medien kann aber nicht darin bestehen, im Gleichschritt mit dem Bundesrat zu argumentieren. Ihre Aufgabe als vierte Macht im Staat wäre es vielmehr gewesen, die entscheidenden Fragen kritisch von allen Seiten zu beleuchten: Was bedeutet Neutralität auf staatlicher Ebene? Wo liegen ihre Grenzen? Und welche langfristigen Konsequenzen entstehen für die Schweiz, wenn Konfliktparteien die Schweiz nicht mehr als neutral wahrnehmen?

Offene Fragen

Die Neutralitätsinitiative ist mit rund 70 Prozent Nein-Stimmen deutlich gescheitert. Das demokratische Verdikt ist eindeutig und zu respektieren. Damit ist die Diskussion über die künftige Auslegung unserer Neutralität aber keineswegs beendet.

Gerade die Initianten sollten deshalb die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Nicht mit dem Ziel, den verlorenen Abstimmungskampf einfach fortzusetzen, sondern um kritisch darauf zu achten, wie der Bundesrat die Neutralität künftig auslegt und welche aussenpolitischen Folgen daraus für unser Land entstehen. Entscheidend muss sein, dass die Neutralität der Schweiz langfristig nützt und nicht durch eine immer weitergehende politische Auslegung ihren eigentlichen Wert verliert.

Die entscheidende Frage nach diesem Abstimmungssonntag bleibt deshalb: Misst der Bundesrat unsere Neutralität an allgemein gültigen Grundsätzen – oder daran, wer vermeintlich unsere Freunde und wer unsere Gegner sind?

> *«Entscheidend muss sein, dass die Neutralität der Schweiz langfristig nützt.»*

Ich bin überzeugt, dass wir erst in einigen Jahren beurteilen können, was am 27. September 2026 tatsächlich gewonnen wurde. Die Gegner haben die Abstimmung deutlich gewonnen. Ob sie damit auch der schweizerischen Neutralität einen Dienst erwiesen haben – oder ob sie am Ende einen Pyrrhussieg errungen haben –, wird die Zukunft zeigen.

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Prämienverbilligung: Milliardenkosten und ein Zürcher Sonderzüglein

Montag, 5. Oktober, Herbstferien und keine Kantonsratssitzung. Das macht den Weg frei, ein aktuelles Thema aufzugreifen … Was ist immer im Oktober/November aktuell? Die Krankenkassenprämien! Zuerst, weil die Anpassungen/Erhöhungen, durchschnittlich um fünf Prozent für 2027, von Bund und Kanton kommuniziert werden, und danach, wenn die Krankenkassen die neu berechneten Prämien 2027 mitteilen.

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Das führt unweigerlich zur Diskussion über die steigende Prämienlast und mögliche Reduktion respektive individuelle Prämienverbilligung (IPV). Hier hat der Regierungsrat mit seiner Medienmitteilung vom 29. September 2026 schon einmal die Richtung vorgegeben. Rund 1,4 Milliarden Franken werden 2027 insgesamt für die Prämienverbilligung bereitgestellt. Davon sind rund 800 Millionen Franken für die IPV vorgesehen. Eine schier unglaubliche Zahl: 1,4 Milliarden! Solche Beträge kennt man nur durch Mega-Projekte oder immer wieder, wenn es um Schweizer Banken geht …

Doppelte Entlastung für die Stadt Zürich?

Zudem hat das Stadtzürcher Stimmvolk am 30. November 2025 mit 56,4 Prozent die SP-Volksinitiative «Zur Entlastung der Bevölkerung von steigenden Krankenkassenprämien» angenommen und eine zusätzliche Entlastung beschlossen. Dazu hat der Stadtrat eine IPV-Vorlage mit geschätzten jährlichen Kosten von 20 bis 60 Millionen Franken an den Gemeinderat verabschiedet. Dieses städtische Vorgehen muss von der kantonalen Politik kritisch hinterfragt werden. Prämienverbilligungen sind nach dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) Aufgabe des Bundes und der Kantone. Die Stadt Zürich hat für die Behandlung der SP-Volksinitiative ein Gutachten erstellen lassen, welches zum Schluss kommt, dass auch die Gemeinden eine finanzielle Verbilligung leisten können. Die kantonale Politik muss sich aber jetzt fragen, ob eine doppelte Prämienverbilligung für die städtische Bevölkerung angebracht ist oder ob die Prämienregion der Stadt Zürich nun separat angeschaut werden muss.

Es ist richtig, dass Menschen in bescheidenen Verhältnissen von der steigenden Prämienlast entlastet werden. Nur ein «Sonderzüglein» der Stadt Zürich, welche eine doppelte Entlastung verspricht, ist abzulehnen. Alle Steuerzahler im Kanton Zürich zahlen in den IPV-Topf ein. Alle Prämienregionen werden aus diesem Topf entlastet und wenn die Stadt Zürich eine zusätzliche Entlastung macht, dann darf diese nicht doppelt ausfallen. Im kantonalen Budget 2027, LG 6700 Krankenkassenprämien, sollten also mindestens 20 Millionen Franken eingespart werden.

Steigende Kosten, weniger Mittel für die IPV

Zudem steigen die kantonalen Ausgaben im Jahr 2027 infolge der Prämienübernahme für vorläufig aufgenommene Personen sowie für Personen mit Schutzstatus S weiter an, da der Bund sich mit seinem Entlastungspaket (EP27) schon nach fünf anstelle von sieben Jahren aus der Finanzierung verabschiedet. Diese Mehrbelastung von rund 25 Millionen Franken geht zulasten der verfügbaren Mittel und steht der IPV für Personen in bescheidenen Verhältnissen einfach nicht mehr zur Verfügung. Hinzu kommen 53,5 Millionen Franken für die Prämienübernahme von vorläufig aufgenommenen Personen. Von der Politik völlig unbeachtet bleibt die Tatsache, dass die Mehrheit dieser Bezüger noch nie ins System respektive in die Krankenkasse einbezahlt hat.

Mit der Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur nationalen «Prämien-Entlastungs-Initiative» und den erforderlichen Anpassungen ab 2028 werden zusätzliche Kosten anfallen. Die aktuellen Entwicklungen in der IPV zeigen, dass dieses System in Zukunft sehr herausfordernd sein wird. Der ursprüngliche Zweck der IPV – die finanzielle Entlastung von Personen in bescheidenen Verhältnissen – wird zunehmend verfehlt.

Dass die Stadt Zürich mit ihrer Subvention auch Menschen mit kleinem Portemonnaie, unabhängig davon, ob sie IPV-berechtigt sind oder nicht, bis hin zu mittleren Einkommen entlasten will, zeigt, wie absurd das Vorhaben ist und dass eine mehrfache Entlastung unbedingt vermieden werden muss. Schliesslich müssen der IPV-Topf und die städtischen Krankenkassen-Subventionen durch Steuergelder finanziert werden.

Haben Sie Anspruch auf Prämienverbilligung? Finden Sie es heraus:

Wie üblich sind die Krankenkassenprämien auch dieses Jahr wieder gestiegen.
Bild: Adobe Stock

KOMMENTAR ZUR KANTONSPOLITIK

Der Boden setzt die Grenze

Tobias Weidmann
Kantonsrat und
Fraktionspräsident SVP
Hettlingen

Wir erinnern uns an den Abstimmungskampf zur Nachhaltigkeitsinitiative. Das wichtigste Argument der Gegner lautete: Eine feste Grenze bei 10 Millionen sei zu starr. Die Initiative wurde im Juni abgelehnt, die Platzfrage bleibt. Denn eine Grenze gibt es trotzdem. Setzen wir sie nicht selbst, setzt sie uns der Boden. Eine politische Grenze lässt Spielraum. Eine natürliche Grenze hingegen erreicht man, wenn es keinen Spielraum mehr gibt.

Wie nah diese Grenze liegt, zeigt die Antwort des Regierungsrates auf eine Anfrage von EDU- und SVP-Kantonsräten (KR-Nr. 244/2026). 93 Prozent der Zürcher Bauzonen sind überbaut. Auf dem restlichen Bauland finden noch 100 000 Personen Platz. Weitere 200 000 Menschen könnten durch Verdichtung in bestehende Quartiere gepresst werden. Die gesamte Reserve reicht also für rund 300 000 zusätzliche Einwohner.

Wofür verbrauchen wir diesen Platz? Seit der vollen Personenfreizügigkeit 2007 waren rechnerisch über 90 Prozent aller neuen Wohnungen im Kanton nötig, nur um die Zuwanderer unterzubringen. Vor 2007 war es rund die Hälfte. In fünf Jahren reicht nicht einmal der gesamte Neubau. Unseren endlichen Boden verbauen wir also fast vollständig für die Zuwanderung.

Bis 2055 erwartet der Bund im mittleren Szenario 300 000 zusätzliche Einwohner, also genau so viele, wie Platz haben. Selbst die Stadt Zürich mit der grössten Reserve kommt damit nicht aus. Für das hohe Szenario reicht der Platz laut Regierung nicht. Schwarzmalerei ist das nicht: Die Zuwanderung hat bisher selbst die höchsten Annahmen des Bundes übertroffen. Im Jahr 2000 rechnete das höchste Szenario für heute mit acht Millionen Einwohnern. Heute sind es über neun Millionen. Wiederholt sich das, ist die Zürcher Reserve um das Jahr 2040 aufgebraucht.

Schon die heutige Reserve von 300 000 Plätzen beruht auf massiver Verdichtung. Zwei Drittel davon entstehen nicht auf der grünen Wiese, sondern in unseren Wohnquartieren. Wer mehr Wachstum will, muss noch dichter bauen. Dazu will der Regierungsrat die Gemeinden bei den nächsten Zonenrevisionen auffordern. Gleichzeitig räumt er ein, dass Verdichtung schon heute zunehmend auf Widerstand stösst. Die Bevölkerung spürt, dass jede Aufzonung ein Stück Lebensqualität kostet. Wann ist genug?

Die Rezepte der anderen Parteien lösen das Problem nicht. FDP und Mitte setzen auf «bauen, bauen, bauen». Das schafft kurzfristig Wohnungen, bringt uns aber nur schneller an die Grenze. Die Linke setzt auf mehr staatliche Regulierung des Wohnungsmarkts. Das macht den knappen Boden nicht grösser, sondern verteuert ihn für die Allgemeinheit.

Die 10-Millionen-Grenze hätte das Wachstum entschleunigt. Sie hätte uns Zeit gegeben, mit Boden, Strassen, Schulen und Spitälern haushälterisch umzugehen. Stattdessen verscherbeln wir unsere Reserven im Eiltempo. Staus, volle Züge und steigende Mieten sind keine Zufälle. Sie sind die Vorboten einer Grenze, die wir nicht mehr selbst bestimmen. Die Obergrenze kommt trotzdem. Nicht an der Urne, sondern auf dem Bauplatz.

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER WAHLKOMMISSION

Zürcher SVP überzeugt – vier Referenden in Folge gewonnen!

Die Zürcher SVP gewinnt Referendumsabstimmungen vor dem Volk. Diesen Schwung müssen wir in die Wahlen mitnehmen.

Im Zürcher Kantonsrat besteht zwischen den Linken und den Bürgerlichen ein Patt. Beide Lager haben aktuell 90 Sitze. Deshalb müssen wir uns auf die Anwesenheit der bürgerlichen Politiker an den Ratssitzungen verlassen können. Schon eine einzige Abwesenheit kann die Steuerzahler teuer zu stehen kommen.

Leider gibt es auch Situationen, in denen selbst die vollständige Anwesenheit nicht reicht: nämlich dann, wenn uns Teile der bürgerlichen Partner im Stich lassen. So mussten wir in dieser Legislatur bereits vier Referenden ergreifen. Parteileitung und Fraktion greifen zu diesem Mittel, wenn für den Kanton Zürich besonders viel auf dem Spiel steht.

Dabei ging es um «Stipendien für vorläufig Aufgenommene», «Netto-Null bis 2040», die «Individuelle Prämienverbilligung» und zuletzt um das «Lehrpersonalgesetz». Bei allen vier Vorlagen haben die Kampagnen der SVP gegriffen. Wir haben gewonnen und die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Zürich davon überzeugt, diese Vorlagen abzulehnen und damit Schaden durch linke Politik abzuwenden.

Mehr Sitze, weniger Korrekturen

Diese Referendumsabstimmungen zeigen: Die Zürcher SVP überzeugt. Dieses Vertrauen müssen wir nun auch in den anstehenden Kantons- und Regierungsratswahlen in Stimmen umsetzen. Je mehr Sitze wir im Kantonsrat gewinnen, desto eher können wir Fehlentwicklungen bereits im Rat stoppen. Was wir heute mit Referenden korrigieren müssen, wollen wir künftig im Kantonsrat verhindern. Deshalb muss die SVP zulegen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen jeder Bezirk und jeder Kandidat aufzeigen, was die Linken in ihrem Wahlkreis anrichten wollen und welche Folgen dies für die Bevölkerung hätte. Gleichzeitig müssen wir klar sagen, welche Lösungen die SVP für die Probleme vor Ort anbietet.

Die Kantonalpartei wird sich parallel zu den Kampagnen der Bezirke den Themen widmen, die den ganzen Kanton und die Schweiz betreffen. Dazu gehören ungenügende Deutschkenntnisse beim Schuleintritt, das Kopftuch in der Schule, die ungesteuerte Zuwanderung und die drohende EU-Unterwerfung. Gerade Letztere hätte dramatische Auswirkungen auf den Kanton Zürich und die Schweiz. Mit überzeugenden Argumenten und dem grossen Einsatz unserer Kandidaten, Bezirke und Sektionen werden wir die Wahlen gewinnen.

Am 22. Oktober eröffnen wir den Wahlkampf

Marcel Dettling, Natalie Rickli, Martin Hübscher und Domenik Ledergerber werden zu uns sprechen. Musik, Essen und Getränke gehören ebenfalls dazu. Ein Abend, wie wir ihn in unserer SVP lieben: Wir arbeiten hart und vernachlässigen das Gesellige nicht.

Alle SVP-Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich eingeladen, an diesem Abend mitzufeiern. Melden Sie sich heute noch an – ganz einfach auf der Webseite oder via QR-Code auf Seite 1!

von Patrick Walder

EU-PAKET

Die Zürcher Gemeindeautonomie ist gefährdet

Das EU-Paket bildet eine grosse Gefahr für die Gemeindeautonomie im Kanton Zürich. Leider ist dies bis anhin kaum ein Thema.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Doch ich rufe Euch zu: Noch ist es Zeit, um Einhalt zu gebieten. Wacht aber schnell auf! Sonst ist es z.B. damit vorbei, dass jede Gemeinde und jede Stadt im Kanton Zürich jeweilen Ende Jahr ihren Steuerfuss demokratisch selbst bestimmen kann. Die Zürcher Kantonsverfassung und das Zürcher Gemeindegesetz gewähren den Gemeinden verhältnismässig grosse Autonomie. Dies ist für die Demokratie von ganz erheblicher Bedeutung, und zwar seit der Kantonsverfassung vom Jahr 1869. Das EU-Paket stellt dies infrage, sodass es auch hier gilt: «Hüte Dich vor Brüssel!»

«EU-Gemeindeautonomie» ist keine echte Autonomie

Der EU ist die Gemeindeautonomie, wie sie die Schweiz kennt, fremd. Es wird zwar von «Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden» gesprochen. Die EU-Organe haben aber keine Ahnung davon, dass die schweizerische Gemeindeautonomie und vor allem die Gemeindeautonomie des Kantons Zürich etwas ganz Besonderes sind. Den EU-Organen der EU-Gesetzgebung und ihren Gerichten sind sowohl der Begriff als auch der Inhalt unserer Gemeindeautonomie unbekannt. Es wird nur von «Selbstverwaltungsrecht» gesprochen. Das ist kein Begriff demokratisch-rechtsstaatlicher Natur. Es ist ein Begriff, in welchem Bürokratie und blosse Verwaltung die Oberhand haben. Die EU-Organe orientieren sich nämlich vor allem an der «Europäischen Charta für kommunale Selbstverwaltung» des Europarates. Schon deren Wortlaut kennt das Wort «Gemeindeautonomie» nicht. Der inhaltliche Tenor ist gänzlich auf Verwaltung und Bürokratie gerichtet. Der ganze Erlass strotzt davon und basiert nicht auf demokratischem Denken, wie es hierzulande Alltag bildet.

Die dynamische Rechtsübernahme lässt grüssen

Das künftige EU-Recht wird die erwähnte Charta und deren Denken weiterhin zum Vorbild haben. Es wird über das schweizerische Bundes- und Kantonalrecht auch auf die zürcherische Gemeindeautonomie durchschlagen. Der Bundesrat hat dies weitgehend verkannt. Unsere Gemeinden und vor allem auch der zürcherische Verband der Gemeindepräsidenten sollten erwachen. Die dynamische Rechtsübernahme wird ansonsten unsere direkte zürcherische Demokratie schleichend zerstören.

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

ALTRÄTETREFFEN 2026

Eindrücklicher Einblick in das WIN4

Zur traditionellen Zusammenkunft der ehemaligen Mitglieder des Kantonsrates, Regierungsrates, Nationalrates, Ständerates und Bundesrates der Zürcher SVP trafen wir uns dieses Mal im WIN4. Nach einem Begrüssungskaffee mit Gipfeli hiess uns der Verwaltungsratspräsident Peter Uhlmann willkommen. In einem eindrücklichen Film zeigte er auf, was hier in den vergangenen Jahren mit viel privater Initiative und beträchtlichen Investitionen entstanden ist.

Anschliessend erhielten wir, aufgeteilt in zwei Gruppen, einen interessanten Einblick in die weitläufige Anlage. Dabei wurde sichtbar, wie im WIN4 vier unterschiedliche Gruppen und Nutzungen unter einem Dach vereint werden. Auf einer Fläche von rund 26 000 Quadratmetern ist ein eigentliches Sport-, Bildungs- und Begegnungszentrum entstanden. Besonders eindrücklich sind die damit verbundenen Zahlen: Über 100 Arbeitsplätze wurden geschaffen und mehr als 500 Schülerinnen und Schüler gehen hier ein und aus.

Das Projekt zeigt eindrücklich, wie die Privatwirtschaft mit Unternehmergeist, Eigenverantwortung und der Bereitschaft, auch Risiken zu übernehmen, grosse Vorhaben realisieren kann. Bild: SVP Kanton Zürich

Beste Voraussetzungen für den Sport

Bemerkenswert ist auch die Vielseitigkeit der Anlage. So können sich selbst kleinere Vereine für einen besonderen Anlass eine Halle mit rund 2000 Sitzplätzen leisten. Gleichzeitig bieten die hervorragenden Trainingsmöglichkeiten beste Voraussetzungen für den Spitzensport und tragen dazu bei, sportliche Erfolge nach Winterthur zu holen. In der AXA ARENA ist unter anderem der Handballclub zu Hause. Auch Spitzenschwinger Samuel «Sämi» Giger nutzt die Trainingsmöglichkeiten im WIN4 und trainiert dort Kraft und Geschwindigkeit.

Private Initiative mit grosser Wirkung

WIN4 zeigt auf diesen 26 000 Quadratmetern exemplarisch, was private Initiative und Unternehmertum bewirken können. Hier wurde eine bedeutende Infrastruktur geschaffen, ohne dass die Allgemeinheit die Investitionskosten tragen musste. Im Gegenteil: Die öffentliche Hand profitiert zusätzlich von den Baurechtszinsen. Das Projekt zeigt eindrücklich, wie die Privatwirtschaft mit Unternehmergeist, Eigenverantwortung und der Bereitschaft, auch Risiken zu übernehmen, grosse Vorhaben realisieren kann.

Und die Entwicklung geht weiter. Beim geplanten neuen Gebäude sind die Aushubarbeiten bereits im Gang. Entstehen soll dort unter anderem ein Hallenbad mit drei voneinander getrennten Becken. Die Eigentümer zeigten sich zuversichtlich, dass auch dieses grosse Projekt wirtschaftlich tragbar realisiert werden kann.

Politischer Austausch und persönliche Begegnungen

Beim Apéro vor dem Mittagessen durften wir Kantonsratspräsidentin Romaine Roggenmoser begrüssen, die uns die Grüsse des Kantons überbrachte. Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann würdigte die grosse politische Erfahrung, die bei dieser Zusammenkunft ehemaliger Mandatsträger vereint war. Parteipräsident Domenik Ledergerber ging auf die aktuelle politische Situation ein und zeigte auf, wo die SVP aus seiner Sicht gefordert ist und welche politischen Ziele sie weiterverfolgen will.

> *«WIN4 zeigt auf, was private Initiative und Unternehmertum bewirken können.»*

Auch die jüngsten Abstimmungserfolge auf eidgenössischer und kantonaler Ebene gaben Anlass zur Freude und zeigten, dass die Positionen der SVP bei verschiedenen Vorlagen eine Mehrheit der Stimmberechtigten fanden.

Anschliessend durften die Teilnehmer im eigenen Restaurant im Gebäudepark ein feines und reichhaltiges Mittagessen geniessen. Das ausgezeichnete Menü bot gleichzeitig Gelegenheit, sich in gemütlichem Rahmen auszutauschen, alte Bekanntschaften zu pflegen und über politische wie auch persönliche Themen zu diskutieren.

Bestens organisiert wurde der Anlass von Theres Weber-Gachnang, Ueli Betschart und Felix Hess, die mit viel Engagement für einen reibungslosen Ablauf sorgten. Theres Weber-Gachnang verdankte zudem die einzelnen Referate und überreichte den Referenten jeweils ein kleines Präsent als Zeichen der Wertschätzung.

Gegen 15.00 Uhr ging eine interessante und abwechslungsreiche Zusammenkunft zu Ende. In Erinnerung bleiben die eindrücklichen Einblicke in ein aussergewöhnliches privatwirtschaftliches Projekt, interessante politische Informationen und vor allem auch die wertvollen persönlichen Gespräche unter langjährigen Weggefährten.

Paul Mayer,
Alt Kantonsrat SVP,
Marthalen

LESERBRIEF

Ständerat Jositsch

Auch im Kreis der SVP-Wähler gibt es nicht wenige, die Jositsch für wählbar erachten. Im Ständerat hat er in den vergangenen Tagen nun aber den Offenbarungseid abgelegt, dass er das nicht ist.

Als EU-Turbo hat er gegen das obligatorische Referendum gestimmt, obwohl der «Stand Zürich» sich in dieser Frage zur Enthaltung entschieden hat. Als Vertreter des Standes Zürich wären Tiana Angelina Moser und Daniel Jositsch im Sinne ihrer Aufgabe verpflichtet gewesen, dem nachzufolgen.

Ferner hat er damit ein klares Zeugnis darüber abgelegt, dass er sich für die Einschränkung unserer föderalistischen Staatskultur mit ihrer Kantons- und Gemeindeautonomie einsetzt, also willens ist, in verfassungswidriger Weise die vertikale Gewaltenteilung ausser Acht zu lassen.

Bei den nächsten Ständeratswahlen möge man sich daran erinnern.

Andreas Knöpfel,
Meilen

SVP BEZIRK MEILEN

Junge Stimmen, frische Ideen und viel Zuversicht

50 junge Menschen auf dem Zürichsee zeigten: Das Interesse an Politik ist da und die Bereitschaft, unsere Zukunft mitzugestalten, ebenso.

Am Mittwoch, 30. September 2026, lud die SVP Bezirk Meilen zur jährlichen Schifffahrt ein. Das Organisationskomitee mit Bezirkspräsident und Kantonsratskandidat Marc Wachter sowie Ausschussmitglied Aaron Gafner widmete den Abend ganz der jungen Generation.

Bereits am Bürkliplatz herrschte eine fröhliche, erwartungsvolle Stimmung. Kaum waren die rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwischen 16 und 35 Jahren an Bord, kamen die Gespräche in Fahrt. Diskutiert wurde über das, was uns Junge beschäftigt: das Leben im Bezirk Meilen, politische Entwicklungen und die Zukunft der Schweiz.

Mitreden und Verantwortung übernehmen

Marc Wachter eröffnete den Abend mit einer klaren Botschaft: Politik betrifft uns täglich. Vom Frühstück bis zum Blick auf die Lohnabrechnung. Deshalb lohnt es sich, mitzureden und Verantwortung zu übernehmen. Er ermutigte die Anwesenden, sich in den Ortssektionen und im Bezirk zu engagieren.

Mit dabei waren auch Tumasch Mischol, Domenik Ledergerber, Sibylle Lehner, Raphael Bürgi und Tobias Freitag. Bei einer Bratwurst vom Grill und Wein aus Stäfa bot sich reichlich Gelegenheit, Fragen zu stellen, Erfahrungen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Anschliessend sprach Domenik Ledergerber über die kommenden politischen Herausforderungen, insbesondere die vorgesehenen Verträge mit der EU. Er erläuterte seine Bedenken und betonte, weshalb es sich aus seiner Sicht lohnt, für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schweiz einzustehen. Für uns Junge geht es dabei um unsere eigene Zukunft und darum, Freiheit und Sicherheit zu bewahren.

Zuversicht für die Zukunft

Was von diesem Abend bleibt, sind viele spannende Gespräche, neue Bekanntschaften und neue Mitglieder. Vor allem aber bleibt Zuversicht: Junge Menschen interessieren sich für Politik und wollen etwas bewegen.

Nun braucht es eine ältere Generation, die uns fördert und Verantwortung zutraut. Wir Junge müssen diese Chancen nutzen. Wir haben Ideen, Energie und viel Zukunft vor uns. Gemeinsam möchten wir dazu beitragen, dass die Schweiz auch morgen frei, unabhängig, neutral und sicher bleibt.

Aaron Gafner,
Ausschussmitglied SVP Bezirk Meilen

Die SVP Bezirk Meilen widmete die Schifffahrt auf dem MS «Etzel» ganz der jungen Generation. Bild: zVg

MEDIENMITTEILUNG DER SVP STÄFA

Mitte-Links entgleisen die Finanzen

Mit grosser Sorge nimmt die SVP Stäfa die MM der Gemeinde zur Kenntnis, mit der sie das beantragte Budget und den Steuerfuss 2027 zuhanden der Gemeindeversammlung vom 30. November 2026 ankündet.

Den beleuchtenden Bericht und das Budget hält die Gemeinde unter Verschluss, die Bürgerinnen und Bürger können sich erst gegen Monatsende richtig informieren. Was aber schon jetzt auffällt: Für 2026 wurde ein Aufwand von 176 Millionen Franken budgetiert. Kein Wort wird nun in der Finanzvorlage 2027 über die aktuelle Hochrechnung für 2026 verloren. Was hat der Gemeinderat zu verbergen? Auf 2026 hin wurde der Steuerfuss gegen den Widerstand der SVP um fünf Prozentpunkte erhöht. Die SVP verlangte eine rigorose Aufgabenüberprüfung und endlich eine korrekte Bewirtschaftung des Finanzvermögens. Die Gemeinde erwirtschaftet aktuell mit ihrem Immobilienportfolio einen jährlichen Verlust von über 500 000 Franken, was nach der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichts und kantonalen Verwaltungsgerichts gesetzeswidrig ist.

Vor einem Jahr versprach der Gemeinderat: «Der Finanzhaushalt der Gemeinde (muss) in den nächsten Jahren sehr sorgfältig bewirtschaftet werden. Eine ständige Aufgabe aller Verantwortlichen wird sein, das jährliche Budget auf weitere, vor allem kurz- und mittelfristige Einsparmöglichkeiten zu untersuchen.» Die vom Gemeinderat eingesetzte Finanzberatungsfirma empfahl fünf Sparmassnahmen sowie Steuer- und Gebührenerhöhungen. Im Budget 2027 will der Gemeinderat nun die Kosten um 3,4 Millionen Franken senken, die Steuerzahler aber um 4,8 Millionen Franken stärker zur Kasse bitten. Der Gemeindehaushalt ist in den letzten fünf Jahren von 125 Millionen auf 176 Millionen Franken um rekordverdächtige 41 Prozent gestiegen. Die Gemeinde hat ein Ausgaben-, nicht ein Einnahmenproblem.

Der Gemeinderat nimmt seine Verantwortung nicht wahr, wenn er nun pauschal substanzielle Einsparungen mit «spürbarem Leistungsabbau» verknüpft. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren über ihre Verhältnisse gelebt und Provisorien errichtet, statt überfällige Investitionen zu tätigen. Die SVP verlangt vom Gemeinderat endlich konkrete substanzielle Sparmassnahmen.

Unterstützen Sie die SVP im Kampf für Freiheit und Sicherheit mit einer Spende!

svp.ch/mitmachen/spenden

VERTRAGSPAKET MIT DER EU

«Alternativlos» ist kein Argument

Die Spitzen von FDP und Mitte tun sich schwer, überzeugend für das EU-Vertragspaket zu werben. Besonders aufschlussreich ist der Auftritt von Mitte-Präsident Philipp Matthias Bregy gegenüber SRF: «Das Paket ist höchstens akzeptabel, aber am Schluss alternativlos.» Wer so für einen Vertrag wirbt, liefert gleich selbst den Grund, ihn besonders kritisch zu prüfen. Die Schweiz soll sich langfristig binden, obwohl selbst der Parteipräsident wenig Begeisterung erkennen lässt.

Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Der Ständerat hat dem Paket in der Herbstsession zugestimmt. Doch auch Vertreter von FDP und Mitte lehnten die Verträge ab. Bregy bezeichnet die heftige Kritik aus seiner Fraktion als «parlamentarische Rhetorik». Damit macht er es sich zu einfach. Staatspolitische Einwände verschwinden nicht, indem die Parteispitze sie zur blossen Wortmeldung erklärt. Wer Bedenken äussert, verdient eine Antwort in der Sache.

Bei der FDP steht die endgültige Parole noch aus. Co-Präsident Benjamin Mühlemann erwartet allerdings eher, dass die Partei beim bisherigen Ja bleibt. Gleichzeitig spricht er von wirtschaftlichen Vorteilen und staatspolitischen Nachteilen. Diese Gegenüberstellung trifft den Kern: Wie schwer wiegen wirtschaftliche Vorteile, wenn dafür der politische Handlungsspielraum enger wird? Eine Partei, die sich der Freiheit verpflichtet, muss diese Frage beantworten, bevor sie ihre Zustimmung erteilt.

Demokratie braucht Entscheidungsfreiheit

Die dynamische Rechtsübernahme sieht vor, dass die Schweiz relevantes neues EU-Recht in den betroffenen Abkommensbereichen übernimmt. Die Schweizer Genehmigungsverfahren und ein allfälliges Referendum bleiben erhalten. Eine Ablehnung ist möglich, kann aber verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen der EU nach sich ziehen. Genau darin liegt das politische Problem: Ein Nein bleibt rechtlich möglich, hat jedoch einen zusätzlichen Preis.

Auch bei Streitigkeiten spielt der Europäische Gerichtshof eine Rolle. Hält das Schiedsgericht eine Auslegung von EU-Recht für seine Entscheidung für notwendig und relevant, muss es den EuGH beiziehen. Den Streit entscheidet zwar das Schiedsgericht. Die Auslegung des EU-Rechts liegt jedoch beim Gericht der EU. Diese institutionelle Bindung verdient eine offene politische Debatte.

Gute Beziehungen zu unseren Nachbarn sind wichtig. Daraus folgt aber kein Freipass für jede institutionelle Bindung. Bürgerliche Politik müsste wirtschaftliche Zusammenarbeit und demokratische Selbstbestimmung gemeinsam verteidigen.

«Alternativlos» ersetzt keine Begründung. FDP und Mitte müssen erklären, weshalb die Schweiz diese Bindungen eingehen soll. Die Freiheit unseres Landes verdient mehr als ein resigniertes Ja.

BLOCHERS KLARTEXT

Im Wald und auf der Heide

Aus dem nebligen Dunkel bricht ganz leise der Tag an. In den tiefen Wäldern und breiten Tälern habe ich diese Herbststunden in aller Frühe besonders gern. Wenn die Dunkelheit weicht und der Wald erwacht, liegt eine unendliche Stille über der Natur. Eine Stille, die man in unserer lauten Welt kaum mehr findet. Kein Laut der Zivilisation, keine Menschenstimme, kein Verkehr macht irgendein Geräusch.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

«Im Wald und auf der Heide, da such' ich meine Freude, ich bin ein Jägersmann!», so haben wir Kinder früher gesungen. Ich liege auf der Pirsch und die Kälte kriecht langsam unter die Jacke. Doch das spürt man kaum.

Man lauscht. Man beobachtet. Jedes Knacken eines Zweiges, jeder Ruf eines Vogels wird wichtig. Das ist für mich die reinste Form der Meditation. Der Kopf wird frei, die Gedanken ordnen sich ganz von selbst. Man schaut nicht auf die Uhr. Man ist einfach da.

Viele glauben ja, bei der Jagd gehe es nur ums Erlegen. Was für ein Irrtum! Das Naturerlebnis steht über allem. Das Beobachten, wie das Wild vorsichtig aus dem Dickicht tritt, das Zusammenspiel von Licht und Schatten im morgendlichen Wald – das ist das eigentliche Geschenk.

Ob am Ende ein Schuss fällt oder nicht, ob Beute gemacht wird: Es ist ganz gleich.

Ein erfolgreicher Jagdtag bemisst sich nicht in Trophäen, sondern in der inneren Ruhe, die man mit nach Hause nimmt. Man spürt das Leben wieder in seiner ganzen Ursprünglichkeit.

Wenn ich dann nach Stunden im Wald den Rückweg antrete, bin ich dankbar. Dankbar für diese Natur, für diese Stille und für das Privileg, ein Teil davon zu sein. Es ist diese Kraft aus der Natur, die uns Menschen erdet und zeigt, worauf es im Leben wirklich ankommt.

Im Andenken an Hans Egloff (1959–2026)

Die Nachricht, dass Hans Egloff am Montagmorgen, 5. Oktober, unerwartet in seinem 67. Altersjahr verstorben ist, erschütterte uns alle. Viel zu früh hat er uns verlassen – ein engagierter Mitkämpfer, ruhig und sachlich, aber stets mit klarem Ziel vor Augen.

Die SVP des Kantons Zürich verliert mit Hans Egloff eine profilierte, unabhängige Stimme. Der erfahrene Politiker, Rechtsanwalt und Vorkämpfer für die Anliegen der Wohn- und Grundeigentümer engagierte sich weit über 30 Jahre für die Anliegen unserer Partei. Zunächst Primarlehrer, studierte Hans Egloff an der Universität Zürich Rechtswissenschaften und war daraufhin viele Jahre als Rechtsanwalt tätig. Er war ein ruhiger, aber sehr geselliger Mensch und genoss die Momente mit Kollegen bei einem Glas Wein und einer Zigarre – sei es im Kreise seiner Parlamentskollegen, des Hauseigentümerverbands oder der Zunft Riesbach, der er angehörte.

Bereits in jungen Jahren engagierte er sich politisch – geprägt von seinem Vater Kurt Egloff (1932–2019), der als letzter SVP-Vertreter im Zürcher Stadtrat Einsitz hatte. So war Hans Egloff Gründungsmitglied der Jungen SVP und amtete von 1992 bis 1998 als Sektionspräsident der SVP Aesch. 1995 wurde er im Alter von 35 Jahren in den Zürcher Kantonsrat gewählt, dem er bis 2011 angehörte. Daraufhin engagierte er sich von 2011 bis 2019 im Nationalrat, wo er als Mitglied der Kommission für Rechtsfragen sowie der Kommission für Wirtschaft und Abgaben etliche wichtige Geschäfte mitprägte. Hans Egloff war ein ruhiger Politiker mit grossem Sachverstand. Er verstand es, Allianzen zu schmieden und Kompromisse zu erarbeiten, ohne dabei seine klare Haltung zu verlieren.

Namentlich für den Hauseigentümerverband war Hans Egloff eine prägende Persönlichkeit – sowohl auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene. Bereits nach seiner Wahl in den Zürcher Kantonsrat im Frühjahr 1995 wurde er Vorstandsmitglied der Parlamentariergruppe «Wohn- und Grundeigentum». 1996 übernahm er das Präsidium der HEV-Sektion Birmensdorf-Uitikon-Aesch und wurde auch Vorstandsmitglied des HEV-Regionalverbands Limmattal. Seit 1997 war Hans Egloff Vorstandsmitglied des HEV Kanton Zürich und seit 1999 dessen Präsident. 2004 wurde er zudem in den Vorstand des HEV Schweiz gewählt, den er von 2012 bis 2024 präsidierte. Während mehr als dreier Jahrzehnte stellte er sein Wissen und seine Überzeugung in den Dienst des Privateigentums.

Mit Hans Egloff verlieren wir einen geschätzten Kollegen, verlässlichen Weggefährten und engagierten Menschen. Seiner Gattin, seiner Familie und allen, die ihm nahestanden, sprechen wir unser herzliches Beileid aus.

Gregor Rutz,
Nationalrat SVP

SVP RUSSIKON

Politik, Geselligkeit und reger Austausch an der Herbstparty

Die traditionelle Herbstparty der SVP Russikon lockte 47 Gäste ins Schützenhaus Russikon. Neben einem feinen Nachtessen, angeregten Gesprächen und dem traditionellen Lottomatch standen die Neutralität der Schweiz und das Verhältnis zur Europäischen Union im politischen Mittelpunkt.

Als Ehrengast referierte Nationalrätin Barbara Steinemann zum neuen EU-Vertragspaket. Nach dem Apéro begrüsste Stefan Fehr, Präsident der SVP-Sektion Russikon, die Gäste; besonders willkommen hiess er Nationalrätin Barbara Steinemann. Unter den Anwesenden befanden sich zudem Alt Nationalratspräsident Max Binder, die Urner Landrätin Claudia Brunner, Alt Kantonsrat Hans-Peter Amrein, Alt Gemeindepräsident Hans Aeschlimann, die Kantonsratskandidaten Marco Müller und Fredi Nessensohn sowie Behördenmitglieder aus der Region.

In seiner Begrüssung ging Fehr auf die zahlreichen Konflikte in der Welt ein und forderte eine Rückkehr der Schweiz zu einer strikten Neutralität. Die Schweiz müsse wieder berechenbarer werden, Gesprächskanäle zu allen Seiten offenhalten und ihre traditionellen guten Dienste verstärkt anbieten.

Auch das neue, über 2200 Seiten umfassende Vertragspaket mit der Europäischen Union sprach Fehr an. Der von der SVP als «EU-Unterwerfungsvertrag» bezeichnete Vertrag werfe grundlegende Fragen zur Souveränität und Selbstbestimmung der Schweiz auf.

Nach dem Nachtessen mit heissem Beinschinken, Kartoffelsalat und grünem Salat nahm Barbara Steinemann das EU-Vertragspaket genauer unter die Lupe. Sie erläuterte die Kritik der SVP insbesondere an der dynamischen Übernahme von EU-Recht, den institutionellen Mechanismen zur Streitbeilegung sowie den möglichen Auswirkungen auf die direkte Demokratie. Für die SVP gehe es letztlich um die Frage, wie eigenständig die Schweiz künftig ihre Gesetze und ihre Politik bestimmen könne.

Neben der Politik kam die Geselligkeit nicht zu kurz. An den Tischen wurde diskutiert, erzählt und gelacht – keineswegs nur über Politik, sondern auch über das Dorfleben, Persönliches und Ereignisse aus der Region.

Zum Dessert wurden die traditionell von Alt Kantonsrat Hans-Peter Amrein gestifteten Crèmeschnitten serviert. Den Abschluss bildeten drei Durchgänge des beliebten Lottomatches mit zahlreichen attraktiven Preisen.

Dank dem grossen Einsatz des Helferteams, den zahlreichen Gästen und den grosszügigen Unterstützern wurde die Herbstparty der SVP Russikon auch in diesem Jahr zu einem gelungenen Anlass, bei dem Politik, Geselligkeit und das persönliche Miteinander gleichermassen ihren Platz hatten.

Nationalrätin Barbara Steinemann mit Sektionspräsident Stefan Fehr. Bild: zVg

SVP-Jassturnier

- Schieber-Jass
- uneufe, obeabe, ohne Wiis
- mit zugelosten Partnern
- Einsatz Fr. 25.00

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

DIENSTAG, 27. OKTOBER 2026

DÄNUS LOUNGE, SEESTRASSE 27, 8330 PFÄFFIKON ZH

STANDBLATTAUSGABE AB 17.30 UHR
START TURNIER UM 18.30 UHR

Mit Gast **Ueli Maurer**

Mit Preisgeld für die ersten drei Plätze und weiteren tollen Preisen.

Dänu sorgt mit Snacks und Getränken für das leibliche Wohl.

Anmeldung bis 18.10.2026 unter **www.svp-pfaeffikon.ch**

oder mit QR Code

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Organisation SVP Pfäffikon ZH
www.svp-pfaeffikon.ch
Rajka Frei 079 289 50 81

Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen.

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Fadegrad

von
Anita Borer

Schreib, wenn du daheim bist

«Schreib, wenn du daheim bist.» Diesen Satz kennen viele Eltern, Partner und Freunde. Er klingt fürsorglich und sagt doch viel über unser Sicherheitsgefühl aus. Immer mehr Menschen – vor allem Frauen – überlegen sich abends, welchen Weg sie nehmen, wo sie einsteigen und welche Orte sie meiden.

Auch mir geht es oft so. Ich halte mein Handy bereit, wähle den Heimweg bewusst und fahre spätabends lieber mit dem Taxi oder Uber nach Hause als mit dem ÖV. Unterführungen und dunkle Strassen meide ich, wenn möglich. Ich schreibe, wenn ich losfahre – und bitte meine Kollegin: «Schreib, wenn du daheim bist.»

Solche Szenen zeigen, wie unser Sicherheitsgefühl schwindet. Sicherheit heisst, ohne mulmiges Bauchgefühl unterwegs zu sein. Sie entscheidet, ob junge Frauen alleine heimgehen. Ob ältere Menschen abends noch aus dem Haus gehen. Ob Eltern ihre Jugendlichen beruhigt ziehen lassen. Die Zahlen zeigen: Diese Sorge ist nicht aus der Luft gegriffen. Im Kanton Zürich wurden 2025 122 519 Straftaten registriert. Bei klassischen Straftaten wie Gewalt, Diebstahl oder Drohung gab es 18 950 Beschuldigte. 10 964 davon gehören zur ausländischen Bevölkerung oder zum Asylbereich – rund 58 Prozent. Gleichzeitig nahm die schwere Gewalt um acht Prozent zu. Häusliche Gewalt stieg um fünf Prozent auf 3487 Straftaten. Schwere Sexualdelikte nahmen um 41 Prozent zu.

Unsere Polizei leistet viel, kann aber nicht überall gleichzeitig sein. Sie darf nicht allein gelassen werden mit Problemen, die politisch entstehen oder kleingeredet werden. Wer Sicherheit will, muss hinschauen: bei Jugendgewalt, Messerangriffen, Kriminaltourismus, Asyl- und Zuwanderungsfragen und bei einer Justiz, die zu oft zu langsam, zu milde oder zu kompliziert agiert.

Sicherheit ist Fürsorge gegenüber den Anständigen: jenen, die arbeiten, Steuern zahlen, ihre Kinder erziehen oder einfach in Ruhe und Frieden leben wollen.

Darum braucht es eine Politik, die wieder klar sagt: Wer Gewalt ausübt, muss Konsequenzen tragen. Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss gehen. Wer unsere Regeln missachtet, darf nicht auf Nachsicht hoffen.

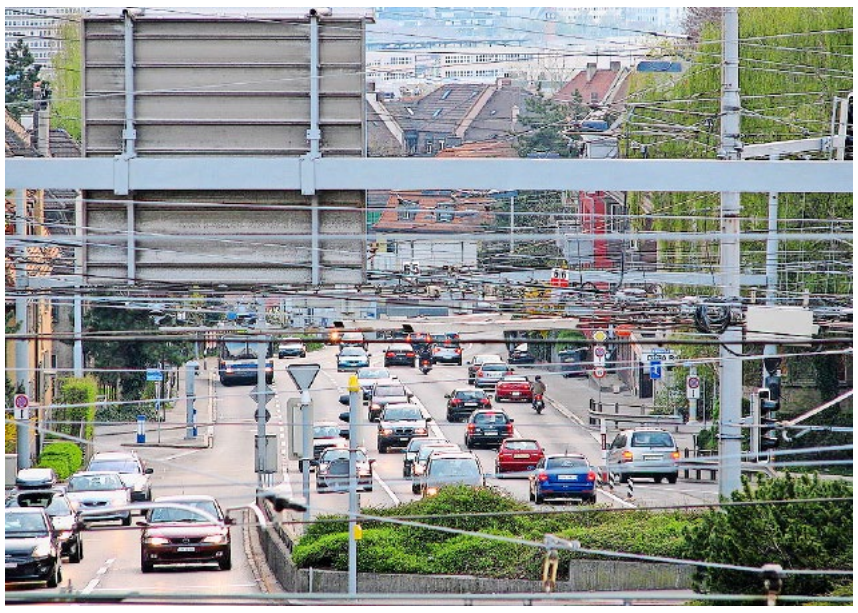
Denn Freiheit beginnt nicht in Sonntagsreden. Freiheit beginnt auf dem Heimweg. Ich will eine Schweiz, in der der Satz «Schreib, wenn du daheim bist» wieder mehr Fürsorge bedeutet – und weniger Sorge.

GEMEINSAME MEDIENMITTEILUNG DER SVP, FDP UND MITTE

Rosengartenstrasse: Regierungsrat lehnt Tempo 30 und gefährliche Fussgängerquerungen klar ab

SVP, FDP und Die Mitte nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Gesamtregierungsrat die Einführung von Tempo 30 sowie die Anordnung von zwei oberirdischen Fussgängerquerungen mit Lichtsignalanlage auf der Rosengartenachse weiterhin klar ablehnt. Er setzt damit ein wichtiges Zeichen für Verkehrsfluss und Sicherheit und sagt Nein zu gefährlichen und schädlichen Verkehrsexperimenten zulasten der ganzen Region. Bei der Rosengartenstrasse handelt es sich um eine strategisch zentrale, kantonale Hauptverkehrsstrasse und um einen Teil des Durchgangsstrassennetzes des Bundes. Die Bevölkerung hat in den letzten Jahren mehrfach klargemacht, welche Erwartungen sie an solche Hauptschlagadern hat.

Eigentlich ist die Sache recht einfach: Der Kanton legt das Kantonsstrassennetz fest und finanziert und unterhält dieses mit kantonalem Geld. Mit der Anti-Stau-Initiative hat die Bevölkerung zudem klar festgehalten, dass die Leistungsfähigkeit dieser Achsen erhalten werden soll. Mit der Mobilitätsinitiative hat sie jüngst weiter entschieden, dass Tempo 30 auf solchen Achsen die absolute Ausnahme sein soll auf kurzen Strecken. Ferner hält die kantonale Strassengesetzgebung fest, dass Gemeinden nicht eigenmächtig Massnahmen auf Hauptachsen treffen können, welche Auswirkungen über die Gemeindegrenze haben können. Das hat im Fall Neumühlequai auch das Verwaltungsgericht bestätigt – nach einer Intervention des ebenfalls betroffenen ASTRA. Am Rosengarten ist es nicht anders.



Die Rosengartenstrasse muss als leistungsfähige Achse erhalten bleiben.
Bild: Roland zh/Wikimedia Commons

All diese demokratischen Entscheide gelten auch für die Stadt Zürich. Der jüngste regierungsrätliche Entscheid zu dieser Verkehrsachse mit mindestens überregionaler Bedeutung ist damit nicht nur verfassungs- und gesetzeskonform, sondern alternativlos und demokratisch. Die drei Parteien rufen den Zürcher Stadtrat auf, dieses Verdikt zu akzeptieren und nicht weiter Steuergelder mit aussichtslosen Gerichtsverfahren zu verschleudern und so Verzögerungstaktik zu betreiben.

Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit erhalten

«Wir sind dankbar, dass der Gesamtregierungsrat Rückgrat beweist und an der Ablehnung von Tempo 30 und gefährlichen Fussgängerübergängen an der Rosengartenstrasse festhält», erklärt Ulrich Pfister, Kantonsrat SVP. «Diese Massnahmen hätten den Verkehrsfluss massiv beeinträchtigt und weiträumigen Umwegverkehr verursacht. Der Entscheid ist ein Sieg der verkehrspolitischen Vernunft.»

Auch Marc Bourgeois, Kantonsrat FDP, findet deutliche Worte: «Tempo 30 auf einer derart wichtigen Achse ist schlicht nicht sachgerecht. Und ebenerdige Fussgängerübergänge auf einer steilen Strasse mit 55 000 Fahrzeugen pro Tag gefährden Menschenleben. Die Bevölkerung hat klar Ja zum Anti-Stau-Artikel und zur Mobilitätsinitiative gesagt. Überdies gilt das Strassengesetz. Wenn der Zürcher Stadtrat nicht bereit ist, Verfassung und Gesetze zu respektieren, dann muss dies der Regierungsrat übernehmen.»

«Nach Annahme der Mobilitätsinitiative ist der Auftrag der Stimmbevölkerung glasklar», betont Marzena Kopp,

> ***«Der Entscheid ist ein Sieg der verkehrspolitischen Vernunft.»***

Kantonsrätin Die Mitte. «Sachfremde Verkehrsbremsen haben auf unseren Hauptverkehrsachsen nichts verloren. Geltendes Recht muss vollzogen werden. Wir erwarten, dass dieser Entscheid nun endlich für die nötige Rechtssicherheit an der Rosengartenstrasse sorgt. Der Regierungsrat hat in diesem Verfahren schlicht und ergreifend geltendes Recht umgesetzt.»

Für SVP, FDP und Die Mitte ist klar: Die Rosengartenstrasse muss als leistungsfähige Achse erhalten bleiben ohne künstliche Barrieren und Temporeduktionen, welche den Umwegverkehr in die Quartiere drängen würden. Dieser Auftrag ist mehrfach demokratisch untermauert.

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

SVP rettet Dübendorfs beliebtesten Parkplatz

Im Zentrum von Dübendorf befindet sich der beliebteste Parkplatz der Stadt. Wichtig für den Einkauf der Bevölkerung, aber auch sehr wichtig für das Gewerbe. Seit einigen Jahren versuchten unser Stadtrat und die linken Parteien, aus diesem Parkplatz einen Park zu machen.

Orlando Wyss
Gemeinderat SVP
Dübendorf

Vor zehn Jahren erfolgte der erste Angriff mit einem Budgetposten an der Budgetsitzung des Gemeinderats. In einem Antrag des Stadtrats war ein Kredit für eine Studie eingebaut, diesen Parkplatz in einen Park umzubauen und die Parkplätze aufzuheben. Doch die bürgerlichen Mitglieder des Gemeinderates konnten dieses Vorhaben verhindern. Der Kredit wurde abgelehnt. Fünf Jahre später gab es einen weiteren Versuch der GLP mittels eines Postulats, diesen Platz in einen Park umzuwandeln. Sie wollten die grüne Welle in der Politik ausnützen, um ihr Ziel zu erreichen. Sie scheuten das Mittel einer Volksinitiative, weil sie meinten, mit der Form eines Postulats im Gemeinderat leichter zum Ziel zu gelangen. Auch dieser Angriff wurde abgewehrt.

Fatale Budgetsitzung 2023

Doch dann an der Budgetsitzung vom Dezember 2023 wurde dem Antrag des Stadtrats zur Aufhebung des Parkplatzes und zur Umgestaltung zu einem Park mit 20:19 Stimmen zugestimmt. Was war geschehen? Der Präsident der Dübendorfer FDP hatte das grüne Mäntelchen seiner früheren Schweizer Parteichefin Petra Gössi anbehalten und dieses Ansinnen unterstützt. Durch die vorgängigen Kommissionssitzungen, an denen das Budget beraten wurde, war die SVP vorgewarnt und hatte im Vorfeld dieser Budgetsitzung eine Volksinitiative vorbereitet. Bei der Beratung dieses Geschäfts an dieser Dezember-Sitzung kündigte die SVP die Lancierung einer Volksinitiative an, sollte das Verschwinden der Parkplätze beschlossen werden.

Volksinitiative wird in Rekordzeit eingereicht

Mit Komiteemitgliedern aus fünf Parteien des Gemeinderats und dem damaligen Präsidenten des Gewerbevereins GHI Dübendorf reichte die SVP Dübendorf die Volksinitiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» ein. Unter der Führung der SVP wurde die Unterschriftensammlung begonnen. Innerhalb einer Woche hatten wir fast die doppelte Anzahl Unterschriften gesammelt, die notwendig waren, sodass diese Volksinitiative in Rekordzeit eingereicht werden konnte. Da dem Stadtrat bewusst war, dass die SVP jede Verkehrsvorlage in diesem Jahrtausend bei Volksabstimmungen gewonnen hat, schwenkte er um und bastelte einen Gegenvorschlag, in dem nur sieben Parkplätze abgebaut worden wären, aber mit Millionenkosten der ganze Platz umgebaut werden sollte. Doch die SVP war überzeugt, dass die Dübendorfer Bevölkerung keine Umgestaltung des Adlerplatzes will. Der Platz ist genügend mit Bäumen und Sträuchern begrünt und es hat sogar Sitzbänke zum Verweilen. Darum war für die Dübendorfer SVP klar, mit welcher Parole wir in den Abstimmungskampf ziehen würden. Mit den Slogans «Kein Parkplatzabbau» und «Keine Steuergeldverschleuderung» bewarben wir die Ja-Parole zur Volksinitiative. Wichtig war noch der Hinweis zur Stichfrage, damit, sollten beide Vorlagen angenommen werden, die Volksinitiative obsiegt. Auf den Gegenvorschlag gingen wir in unserer Abstimmungswerbung gar nicht erst ein.

Erfolgreicher Abstimmungssonntag

Dann kam der Abstimmungssonntag Ende September 2026. Wieder einmal bestätigte sich, dass die SVP Dübendorf bei Verkehrsfragen den Puls der Bevölkerung am besten spürt. Die Volksinitiative wurde angenommen und der Gegenvorschlag des Stadtrats klar versenkt. Damit haben die motorisierten Bewohner unserer Stadt weiterhin die Möglichkeit, mit dem Auto im Zentrum einkaufen zu gehen, und müssen nicht auf das von den Grünen postulierte Lastenfahrrad ausweichen. Der Adlerplatz wird nun in den kommunalen Richtplan als Parkplatz eingetragen, sodass wir lange Zeit von weiteren Diskussionen um dieses Thema verschont bleiben werden.

Wieder einmal bestätigte sich, dass die SVP Dübendorf bei Verkehrsfragen den Puls der Bevölkerung am besten spürt. Bild: zVg

DIE JUGEND VON HEUTE IST DIE ZUKUNFT VON MORGEN

«Uf die Junge lose!»

Jüngst lud die SVP Bezirk Meilen rund 50 Jungmitglieder und Sympathisanten zur Schifffahrt. Neben dem gemütlichen Beisammensein ging es aber hauptsächlich um die Frage: Was beschäftigt unsere Jugend und was kann die SVP dazu beitragen?

Marc Wachter
Präsident SVP Bezirk Meilen
Zumikon

Nach einer kurzen Ansprache verteilte ich jedem Teilnehmer einen Zettel mit der Bitte, politische Forderungen, Gedanken oder ganz einfach Wünsche zu formulieren. Ich versprach den Teilnehmern, die Inhalte zu lesen, in die Partei zu tragen und auf Wunsch persönlich zu antworten. Was ich nach drei Stunden Schifffahrt zurückerhielt, übertraf sämtliche Erwartungen. Die Zettel waren randvoll mit Gedanken und Ideen. Was beschäftigt die Jungen heute?

Asyl und Zuwanderung

Viele Jugendliche schrieben, dass ihnen das Asylwesen und die unregulierte Zuwanderung zu schaffen machen. Man fühle sich teilweise fremd im eigenen Land. In der Schule oder im Ausgang sei man als Schweizer an manchen Orten in der Minderheit und würde sein eigenes Land kaum mehr erkennen. Die daraus resultierende Forderung war entsprechend klar: Zuwanderung stärker begrenzen und Asyl einschränken. Bei der Asylthematik erhielt ich zwei spannende Verbesserungsvorschläge: Ein junger Mann forderte eine Arbeitspflicht für Asylbewerber (beispielsweise im öffentlichen Dienst) und ein anderer meinte, man würde die Asylmilliarden besser für Hilfe vor Ort investieren.

Ausländerkriminalität und Islamisierung

Auch bei diesen beiden Themen waren die Aussagen sehr deutlich. Die Forderung nach strengeren Strafen für kriminelle Ausländer, inkl. einer konsequenten Ausschaffung, fand sich auf einigen der eingereichten Zettel. Dies ist bemerkenswert, waren doch die meisten «Schifffahrer» bei der Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative 2010 noch im Kindergartenalter. Die Islamisierung bereite auch Sorgen, weshalb die Forderung nach einem Kopftuchverbot grosse Zustimmung fand. Auch hier formulierten zwei Teilnehmer eine spannende Forderung: Kriminellen oder Leuten, welche sich aus religiösen Gründen nicht in unser Wertesystem integrieren wollen, sollte das passive und aktive Wahlrecht entzogen werden.

Familienpolitik und Bildung

Bei diesen beiden Themen überraschten mich die jungen Teilnehmer am stärksten. Obwohl es sich hier nicht um klassische SVP-Themen handelt, kamen diverse Anliegen. Das traditionelle Familienmodell werde im Namen der «sogenannten» Gleichstellung entwertet. Fremdbetreuung der Kinder und Karriereeltern seien das Mass aller Dinge. Zudem sei die Geburtenrate (!) zu niedrig. Vorschlag aus der Feder zweier 22-Jähriger: Steuersenkung pro Kind.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihre Ausbildung kürzlich abgeschlossen oder stecken noch mittendrin. Die Leistungen eines Absolventen einer Berufslehre oder einer höheren Fachschule sollten mehr Anerkennung finden. Die Ausbildungen, egal ob Studium oder Berufsbildung, werden immer weniger wert, weil der Bildungsstandard sinkt. Eine junge Frau bringt es auf den Punkt: Unser Niveau sinkt, damit sämtliche Minderheiten in unser Bildungssystem inkludiert werden können.

Die Geschichte eines jungen Mannes stimmte mich nachdenklich. Ein Schweizer HSG-Student hatte sein Studium mit Top-Noten abgeschlossen. Sein Problem: «Ich fand in der Wirtschaftsberatung kaum eine Praktikumsstelle, weil bereits alle Stellen von Deutschen besetzt waren.» Deutsche Manager holen deutsche Mitarbeiter – und economiesuisse sage dem Fachkräftemangel.

Was noch?

«Keine EU-Anbindung» oder «Nein zum Unterwerfungsvertrag» konnte man auf diversen Zetteln feststellen. Aber auch Aussagen zur Wirtschaft, zum Parkplatzabbau, zu 30er-Zonen oder zu den überteuerten Spritpreisen. Die Vielfalt der Gedanken war schlicht beeindruckend. Besonders imponierend fand ich folgende zwei Aussagen zur direkten Demokratie: «Wir sollten miteinander reden und keine Brandmauern nach deutschem Vorbild aufbauen» und «Der Föderalismus und die Eigenständigkeit der Kantone sollen gestärkt werden.»

Fazit

Der Abend auf dem Schiff führt mir vor allem eines vor Augen: Die Politik der SVP ist bei jungen Menschen gefragt wie lange nicht mehr. Wir stehen für Werte und Überzeugungen, an welchen sich junge Leute orientieren können. Wichtig ist, dass wir auf die Jungen hören und ihre Anliegen, Bedenken und Sorgen in die Politik hineintragen. Sollten Sie, geschätzter Leser, nicht mehr im jugendlichen Alter sein, diskutieren Sie bei nächster Gelegenheit mal mit Ihren Kindern oder Enkelkindern. Vielleicht gewinnen Sie neue Erkenntnisse oder ein neues Parteimitglied. Oder beides.

SVP-WETTBEWERB

Preisübergabe mit Kantonsrat Karl Heinz Meyer

Am 29. September 2026 wurden in Dällikon die Preise vom SVP-Wettbewerb, welcher an der Gewerbeschau Dielsdorf durchgeführt wurde, verteilt.

Die glücklichen Gewinner: Nadine Gwerder mit Tochter erhielt 1000 Franken in bar. Urban Rosenberg gewann den dritten Preis: ein Gutschein im Wert von 100 Franken vom Restaurant Höfli in Otelfingen. Die Preise wurden von Kantonsrat Karl Heinz Meyer aus Neerach überreicht. Vreni Surber, die den zweiten Preis – einen Gutschein im Wert von 300 Franken vom Schlafcenter Züriunterland in Schöfflisdorf – gewann, konnte den Gutschein nicht persönlich entgegennehmen. Herzliche Gratulation und viel Spass!

KR Karl Heinz Meyer überreichte die Preise. Bild: zVg

SVP BEZIRK HINWIL

SVP-Kantonsratskandidierende servieren am Buurenzmorgen

Knapp 100 Gäste genossen am vergangenen Sonntag den Buurenzmorgen der SVP Bezirk Hinwil auf dem Hof der Familie Korrodi in Bubikon. Die Kantonsratskandidierenden übernahmen den Service, während Alt Bundesrat Ueli Maurer mit einem eindrücklichen Referat politische Akzente setzte.

Wer gewählt wird, soll die Anliegen der Bevölkerung vertreten und sich für sie einsetzen. Dass ihnen dieser Auftrag bewusst ist, zeigten die Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten beim Buurenzmorgen ganz praktisch: Sie bedienten die Gäste und nutzten die Gelegenheit für persönliche Begegnungen und angeregte Gespräche.

Nach der Begrüssung durch Bezirkspräsident und Kantonsrat René Schweizer stellten sich zunächst fünf Kandidierende vor. Zwischen dem gemütlichen Frühstück und zahlreichen Gesprächen präsentierten sich später auch die weiteren sechs Kandidierenden.

Anschliessend erwartete die Gäste ein Dessert in zwei Teilen. Den politischen Auftakt machte Alt Bundesrat Ueli Maurer mit einem eindrücklichen Referat. Mit viel Herzblut sprach er über die Herausforderungen für die Schweiz. Er kritisierte, dass Andersdenkenden mit verschiedenen Mitteln Gehör und Einfluss erschwert würden – auch Geld spiele dabei eine Rolle. Ebenso warnte er vor einer zunehmenden Überregulierung der Wirtschaft und einer stärkeren Anbindung an die Europäische Union. Aus seiner Sicht gilt es, sich an

> *«Andersdenkenden werden vermehrt Gehör und Einfluss erschwert.»*

mehreren Fronten für die Eigenständigkeit und Freiheit der Schweiz einzusetzen.

Danach folgte das süsse Dessert, das den gelungenen Anlass an diesem sonnigen Sonntag abrundete.

Ein herzliches Dankeschön gilt der Familie Korrodi für ihre Gastfreundschaft, allen Helferinnen und Helfern für ihren Einsatz sowie den Gästen für ihr Interesse und die guten Gespräche.

René Schweizer,
Kantonsrat und
Präsident SVP Bezirk Hinwil

Das Motto unserer Kantonsratskandidaten: Wer gewählt wird, soll die Anliegen der Bevölkerung vertreten und sich für sie einsetzen. Bild: zVg

LESERBRIEF

Neutralitätsinitiative

Die Tatsache, dass 70 Prozent der Stimmenden die Neutralitätsinitiative abgelehnt haben, ist ein harter Schlag, nicht nur für unsere Partei, sondern vor allem für die Schweiz.

Nachdem ich lange in Genf gelebt und dort studiert habe, erinnere ich mich, dass es kein Zufall ist, dass die Schweiz die Wiege des Roten Kreuzes ist und viele internationale Organisationen dort ihren Hauptsitz haben. «les bons offices», auf die die Schweiz damals so stolz war, und die Schweiz als Ort des Dialogs und Verhandelns zwischen Kriegsparteien – alles ist ohne Neutralität nicht vorstellbar. Und man ist neutral oder nicht, wie man schwanger ist oder nicht. Halbherzige Massnahmen im Stil des aktuellen Bundesrates sind nicht möglich.

Es ist auch unvereinbar, Europa in seinem Wahnsinn der Sanktionen zu folgen oder nicht alle Parteien zu einem Konflikt während einer Friedensverhandlung einzuladen, wie es unsere Regierung beim Bürgenstock-Treffen getan hat. Dass das Schweizer Volk das nicht verstanden hat, ist bedauerlich, und es ist noch bedauerlicher, lautere Stimmen zu hören, die bereits nach dieser Abstimmung für den Beitritt der Schweiz zur NATO oder die Ratifizierung bilateraler Abkommen plädieren!

Daniel Gallandat,
Vorstandsmitglied SVP Dürnten

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 3. November 2026, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Mauro Tuena und Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Bezirk Affoltern/Rifferswil
Donnerstag, 15. Oktober 2026, 19.30 Uhr, Info-Anlass zum EU-Rahmenabkommen, Restaurant Löwen in Hausen am Albis, Albisstrasse 2, Hausen am Albis, mit NR Barbara Steinemann und NR Thomas Aeschi.

Bezirk Bülach/Embrach
Mittwoch, 25. November 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindehaussaal, Dorfstrasse 9, Embrach, mit den Nationalräten Gregor Rutz, Benjamin Giezendanner und Franz Grüter.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 25. Oktober 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Dielsdorf/Wehntal
Freitag, 6. November 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindesaal, Chlupfwiesstrasse 1A, Oberweningen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Benjamin Fischer sowie Regierungsratskandidat Martin Hübscher. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dietikon/Geroldswil
Dienstag, 3. November 2026, 19.00 Uhr, Wahlanlass, Hosti-Saal, Huebwiesenstrasse 36, Geroldswil, mit den Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker sowie Regierungsratskandidat Martin Hübscher. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oetwil-geroldswil.ch.

Bezirk Meilen/Hombrechtikon
Montag, 26. Oktober 2026, 18.00 Uhr, Anlass gegen den EU-Vertrag, Gemeindesaal Blatten, Bahnweg 6, Hombrechtikon, mit Regierungsratskandidat Martin Hübscher. Eintritt frei.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Donnerstag, 19. November 2026, 19.00 Uhr, SVP bi de Lüüt, Gasthaus Löwen, Blitterswilerstrasse 1, Saland, mit Nationalrätin Therese Schläpfer, Regierungsratskandidat Martin Hübscher und Kantonsrat Paul von Euw.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Dienstag, 27. Oktober 2026, 17.30 Uhr, Jassturnier, Dänus Lounge, Seestrasse 27, Pfäffikon, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 18. Oktober 2026 unter www.svp-pfaeffikon.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Freitag, 23. Oktober 2026, 18.30 Uhr, Grillabend, Rotblattstübli, Rotblatt 8, Esslingen. Kosten: 36 Franken. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-moenchaltorf.ch.

Bezirk Winterthur/Dinhard
Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr, Pizzaessen und Parolenfassung, Restaurant Bahnhof Fratelli, Seuzacherstrasse 108, Dinhard, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Alt Nationalratspräsident Jürg Stahl.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 24. Oktober 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

Freitag, 30. Oktober 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — ISSN 2296-3480 — Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP USTER NACHMITTAGSHÖCK

Politik bei Kaffee und Gespräch - direkt, ehrlich, bürgernah.

Dienstag, 13. Oktober 2026
SVP für eusi Lüüt! Im Mittelpunkt stehen die vier eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom November. Besonders diskutieren wir über die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der 13. AHV-Rente und über das Feuerwerksverbot. Als Hundehalterin seit über 50 Jahren kennt Heidi Hunziker die Angst vieler Hunde vor der Knallerei – und sagt trotzdem Nein zum Verbot. Rede und Gegenrede sind herzlich willkommen.

Dienstag, 10. November 2026
SVP für eusi Lüüt! Am 29. November 2026 stimmen wir über vier eidgenössische Vorlagen ab. Im Zentrum unseres Nachmittagshöcks steht die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes. Was wird konkret geändert? Welche Argumente sprechen dafür und dagegen – und was bedeutet die Vorlage für die Schweiz? Wir diskutieren offen, beantworten Fragen und helfen, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Für eusi Lüüt

Ort: Restaurant Stella del Centro (in Uschter 77) in Uster
Zeit: Treffpunkt jeweils von 14.30 bis 17.00 Uhr
Warum: Weil uns Ihre Meinung interessiert
Eingeladen sind alle – ob spontan Interessierte, Sympathisanten oder langjährige SVP-Mitglieder.

Schweiz stärken. SVP-Mitglied werden!

Termine SVP Uster

Raclette-Abend
am Samstag, 17. Oktober 2026

Alle Jahre findet unser traditioneller Raclette-Abend statt.

Kommen Sie vorbei und geniessen Sie in gemütlicher Atmosphäre ein feines Raclette. Sie sind herzlich willkommen!

Wann: **Ab 18.00 Uhr**
Wo: **Mehrzweckraum Wohnen im Alter**
Alte Buchserstrasse 14, Boppelsen

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
SVP Ortssektion Boppelsen

Mis Dorf und mis Dihei!

Öffentlicher Anlass

Ernst Stocker
Regierungsrat

Natalie Rickli
Regierungsrätin

Martin Hübscher
Nationalrat und Regierungsratskandidat 2027

Treffen Sie auch unsere SVP-Kantonsratskandidaten aus dem Bezirk Dietikon persönlich vor Ort!

Dienstag, 3. November 2026

Hosti-Saal Geroldswil
Huebwiesenstrasse 36
8954 Geroldswil

18:30 Uhr - Eintreffen
19:00 Uhr - Start Teil 1
19:45 Uhr - Abendessen (fakultativ)
20:30 Uhr - Teil 2
21:30 Uhr - Kaffee, Dessert und Ausklang
23:59 Uhr - Ende der Veranstaltung

Älpler Macaronen:
CHF 20.00 / Portion

Sitzplatzgarantie und Abendessen nur auf Voranmeldung: Gleich anmelden...!
Oder per E-Mail an info@svp-oetwil-geroldswil.ch